

Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Altpreußische Sparsamkeit in den Gewerkschaften.

»Wer weniger verdient, aber spart, ist nützlicher für die Nation, als der, der viel verdient und viel verbraucht.« So Bülow unter anderem in seiner Rede bei der ersten Beratung der Reichsfinanzreform. Treffender als durch Wiedergabe dieses Satzes kann das Verständnis der Regierung und ihres höchsten Beamten für die Lage der arbeitenden Klassen überhaupt nicht charakterisiert werden. Es vervollständigt nur das Bild, wenn das Jammern des Ministers über die riesigen »indirekten Steuern«, die die Arbeiter in Gestalt von Gewerkschaftsbeiträgen zahlen, noch mit hinzugefügt wird. Gewiß haben unsere Gewerkschaften hohe Einnahmen, aber was wird mit den wenigen Millionen geleistet! Zumal jetzt, wo es die Regierung für notwendig hält, den Arbeitern in einer Zeit wirtschaftlichen Darniederliegens Hunderte von Millionen neuer Steuern aufzubürden, lohnt es sich, diesen Vergleich zu ziehen.

Im Jahre 1907 hatten die 61 Zentralverbände mit rund 1 800 000 Mitgliedern eine Einnahme von 55 Millionen. Hiervon zahlten sie an Arbeitslosenunterstützung allein 6 1/2 Millionen. Für Maßregelungen mußte eine Million ausgegeben werden. An Krankenunterstützung und Sterbegeldern wurden 4 400 000 Mk. ausgegeben. Und für Streiks mußten nicht weniger als 13 Millionen Mark ausgegeben werden!

Unsere Gegner benutzen jetzt immer als Nachweis für die Höhe der Einnahmen der Gewerkschaften die Jahresleistung des Verbandes der Lithographen und Steindruckere, der mit rund 62 Mk. an der Spitze aller deutschen Gewerkschaften steht. Gerade die gegenwärtige Zeit der großen Arbeitslosigkeit, der Fülle von Krankheit und Elend zeigt recht deutlich, warum die Arbeiter diese Beiträge geleistet haben. So zahlte der Verband an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung in den ersten zwei Quartalen 1907 56 500 Mark, in derselben Zeit dieses Jahres dagegen 94 760 Mk.! Für Maßregelung und Streiks wurden in denselben Zeiträumen 13 400 und 17 000 Mk. gezahlt. Die Krankenunterstützung erreichte die Summe von 153 000 Mk. gegen 128 000 Mk. in dem ersten halben Jahre 1907. Die Arbeiter müssen sparen, um in wirtschaftlich schlechten Zeiten sich nicht nur schützen zu können, sondern auch um gerade in solchen Zeiten gerüstet zu sein, die Verschlechterungsversuche der Unternehmer abzuwehren!

Was tut die Regierung in solchen Zeiten? Sie gibt sich die größte Mühe, die Lage der Arbeiter zu verschlechtern. So würde die Annahme der Tabakbesteuerung für die Zigarrenarbeiter und das lithographische Gewerbe ein schwerer Schlag sein. Heute werden allein in den Betrieben, die sich mit der Herstellung von Tabakpackungen usw. beschäftigen, ca. 2500 bis 3000 Lithographen und Steindrucker beschäftigt, mit allen Nebenberufen sind es 12 bis 15 000. Bei einer neuen Steuer wird man zuerst an den Packungen sparen, schon jetzt finden sich Ansätze dazu. So werden die Arbeiten nicht mehr in 6 und 8 Farben hergestellt, sondern nur noch in 3 Farben, dies würde, allgemein durchgeführt, eine Verringerung der Zahl der Beschäftigten um 50 Proz. bedeuten! Dazu kommt noch die Plakatsteuer. Mit der Herstellung von Plakaten sind Tausende von Lithographen und Steindruckern beschäftigt. Bei Gesetzgebung dieser Vorlage würde z. B. ein Plakat in der Größe von 50+100 in einer Stadt mit mehr als 100 000 Einwohnern 15 Pf. kosten. Dies bedeutet bei einer Auflage von

1000 Stück eine Steuer von 150 Mk. Bei lithographierten Plakaten wären dies 30 Proz. Beim gewöhnlichen Typensatzplakat aber 204 bis 500 Proz. Die Steuer übertrifft also die gesamten Herstellungskosten um das Mehrfache!!! Was den Arbeitern dann wartet, sagte kürzlich das Unternehmerorgan des Berufs: »Das notwendigerweise entstehende Ueberangebot würde und müßte eine erhebliche Lohnreduktion im Gefolge haben.« So hilft die deutsche Regierung dem Arbeiter »weniger verdienen« und meint vielleicht, daß es nach Bülow dann auch nicht am Sparen fehlen wird. (Vorwärts.)

Lehrlingssucherei.

Die anhaltende Krise hat uns klipp und klar gezeigt, daß wir in unserem alternden Lithographie- und Steindruckgewerbe gerade genug Nachwuchs haben, denn die Arbeitslosigkeit hat eine erschreckende Zahl angenommen. Wäre in mancher lehrlingszuchtenden »Lithographie, Stein-, Licht- und Buchdruckerei« in den letzten paar Jahren, wo man nochmals Anlauf nahm, für kräftigen Nachwuchs zu sorgen, nicht so sehr aufgepaßt worden, so hätten wir noch viel mehr arbeitslose Kollegen gehabt, und der Verband hätte noch mehr bluten müssen. In jeder Abteilung wäre da ein Gehilfe, vielleicht auch ein »Ober« beschäftigt worden, und das übrige hätten die Stifte machen müssen. Denn: »Von der Kunst kann man einmal nicht leben!« Das ist ein bekannter Ausspruch einer dieser Anstalten, der Firma Schlick & Schmidt in Saalfeld, ebenso wie: »Altersversorgungsanstalt haben wir nicht!« Oder: »Wir müssen mit jungen Leuten arbeiten!« Nachdem man aber den Haupt-hetzer an die frische Luft gesetzt hat, die anderen durch Aussetzen usw. »beruhigt« zu haben glaubt, und bei Engagements von auswärtigen Kräften nach Möglichkeit die Löhne drückt (denn man muß jetzt Auswärtige wieder haben, da man viele herausgeworfen hat und der Nachwuchs »Einheimischer« in den letzten Jahren sehr eingeschränkt werden mußte), so glaubt man jetzt die geeignete Zeit für gekommen, gleich wieder aufs Ganze zu gehen. In No. 285 des »Saalfelder Kreisblatts« prangte folgendes vielsagende Inserat: »Lehrlinge für nächste Ostern auf's Contor, Lithographie, Steindruckerei und Buchdruckerei suchen Schlick & Schmidt.« — Den Kollegen, welchen noch in Erinnerung ist, wie einmal in der Osterzeit 43 Lehrlinge »beschäftigt« waren, dürfte dieser Fingerzeig eine gute Warnung sein, recht aufzupassen. Denn Krisen wiederholen sich so lange, bis der jetzige herzlose, egoistische Kapitalismus sich abgewirtschaftet hat. Darum, Kollegen, die Augen offen gehalten, denn die Löhne hängen davon ab, sowie die Bezahlung der gesetzlichen Feiertage, Behandlung und anderer Arbeitsbedingungen.

Bezirkstag in Freiburg i. B.

des Bezirks Baden-Elsaß am 18. Okt. 1908.

Der Bezirkstag wurde nach der Besichtigung der Bezirksausstellung, über die in der »Graph. Presse« No. 47 ausführlich berichtet worden ist, um 1/11 Uhr vom Vorsitzenden, Kollegen Stoll Lahr, eröffnet. Kollege Meinert-Freiburg begrüßte die Delegierten und Gäste, wünschte ersprießliche Leistung der Verhandlungen und dankte für die Mitwirkung an der Ausstellung.

Unter Punkt I: »Geschäftliches« wurde festgestellt, daß alle Zahlstellen des Bezirks mit Ausnahme von Metz vertreten und zehn Delegierte, ein Referent und drei Bezirksvorstands-Mitglieder anwesend waren; außerdem wohnten Gäste aus Freiburg, Waldkirch, Donaueschingen und Lahr den Verhandlungen bei. Zu deren Leitung wurde Kollege Meinert-Freiburg als zweiter Vorsitzender dem Vorstand zugeteilt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß die neue Bezirkseinteilung, die seinerzeit in Offenbourg beantragt wurde, vom Hauptvorstand noch nicht akzeptiert sei, trotzdem sich damals Kollege Barthel und später auch die Kollegen Silber und Obier zu diesem Antrag sympathisch stellten und die nötigen Schritte im Hauptvorstand zu veranlassen versprochen. Infolge dieser Verzögerung konnten die unterbadischen und pfälzischen Zahlstellen nicht eingeladen werden. Es wurde bedauert, daß die Sache vom Hauptvorstand so lange hinausgeschoben worden ist, und der frühere, wie folgt lautende Antrag wiederholte: »Dem Gau resp. dem 18. Agitationsbezirk Lahr-Strasbourg sind in Anbetracht der geographischen Lage und andern taktischen Gründen nachbenannte Mitgliedschaften anzugliedern: Lahr, Freiburg, Offenbourg, Karlsruhe, Pforzheim, Heidelberg, Mannheim, Mühlhausen, Kolmar, Strasbourg, Metz, Forbach, Saarbrücken und Kaiserslautern.«

Unter Punkt II wurden die Protokolle vom letzten Bezirkstag in Strasbourg und vom außerordentlichen Bezirkstag in Offenbourg vom Schriftführer vorgelesen

und mit einigen kurzen Bemerkungen für gut befunden.

Zum III. Punkt: Bericht des Vorstandes, bemerkte Kollege Stoll, daß im verflochtenen Jahre 8 Sitzungen des engeren Vorstandes und 2 Konferenzen stattfanden. Weiter behandelte er eingehend die Tätigkeit bei der Bewegung in der Firma Schell-Offenbourg und der Aussperrung der Firma Pfaff-Lahr. In der Diskussion bemerkte Kollege Vogt-Offenbourg, daß der Fall Schell soweit erledigt sei, da sich die Verhältnisse einigermaßen gebessert hätten und den Verbandskollegen nichts mehr im Wege stehe. In bezug auf die Aussperrung bei Pfaff-Lahr wurde das Verhalten der Firma selbst sowie das der dortigen »Arbeitswilligen« scharf kritisiert und besonders Edelmann und Konsorten den Kollegen geschildert.

Nach dem unter Punkt IV erstatteten Kassenbericht des Kollegen Baier-Lahr betrug die Einnahmen 184,08 Mk., die Ausgaben 82,35 Mk., so daß ein Kassenbestand von 101,73 Mk. verbleibt. Als Revisoren wurden die Kollegen Kurz-Mühlhausen und Vogt-Offenbourg bestimmt, die während der Mittagspause Bücher und Kasse revidierten, alles in Ordnung fanden und Entlastung für den Kassierer beantragten. Diesem Antrage und einem Antrage des Kollegen Rothweiler-Karlsruhe, die Kosten für Referenten der Bezirkskasse zu überweisen, wurde zugestimmt. Man wies dabei darauf hin, daß Vorträge, verbunden mit Ausstellungen, sehr viel zur Anregung und Förderung der Volksbildung und Agitation beitragen; daher sei ihre Veranstaltung auch kleineren Zahlstellen ohne Aufbürdung übermäßiger Kosten zu ermöglichen.

Zu Punkt V: Berichte der Zahlstellen, liegt ein Antrag vom Kollegen Rothweiler vor: »Die Zahlstellenberichte sind schriftlich innerhalb drei Wochen an die Bezirkskommission als Material einzusenden.« Dieser Antrag wurde nach kurzer Debatte ebenfalls angenommen.

Unter Punkt VI: Anträge und Agitation schlug Kollege Meinert vor, der Vorstand möchte sich über den bevorstehenden Arbeitsplan aussprechen. Kollege Stoll-Lahr betonte, daß dies erst nach den Vorstandswahlen möglich sei. Die Kollegen Meinert und Rothweiler wünschten demgegenüber, daß der gegenwärtige Vorstand auf Grund seiner Kenntnis der Verhältnisse Vorschläge machen möchte, was im neuen Geschäftsjahr vorzunehmen sei. Kollege Krieg-Donaueschingen war der Meinung, der Vorstand müsse mehr die Offensive ergreifen, um auf die verschiedenen Verhältnisse einzuwirken. Nachdem sich noch verschiedene Redner für lebhaftere Agitation ausgesprochen hatten, trat die Mittagspause ein. Nach der Wiedereröffnung der Verhandlungen erörterte Kollege Stoll zunächst die Verhältnisse in unserem Beruf, speziell im 18. Agitationsbezirk. Rothweiler wünschte, daß in Zukunft mehr für die kleineren Zahlstellen geschaffen werde. Bei Lohnbewegungen sollte der Bezirksvorstand unbedingt benachrichtigt werden, um dann mit den Ortsverwaltungen die Fälle gemeinsam zu prüfen und zu leiten. In bezug auf den Anschluß der Photographen empfahl er, jeder Zahlstelle die Aufnahme einer Statistik über die einzelnen Berufe in unserem Verband. Kollege Krieg gab für den Vorstand einige gute Winke bezüglich der Pflichten für die Allgemeinheit. Die Kollegen Stoll und Müller-Lahr verteidigten die Geschäftsleitung gegenüber einigen Vorwürfen, wobei Stoll nochmals die Delegierten ermahnte, den Zahlstellenbericht baldigst an den neugewählten Vorstand einzusenden. Die Strasbourg Delegierten berührten kurz die Bewegung in Strasbourg im vorigen Jahre und äußerten sich dahin, daß eben verschiedene Ansichten der Kollegen am Ort vorlagen und daß von einigen damaligen Vertrauensleuten falsche Angaben über die tatsächlichen Verhältnisse abgegeben wurden. Kollege Meinert besprach ausführlich die schwierige Agitationsarbeit im badischen Oberland und Oberelsaß, wo die Christlichen mit ihrem Präses an der Spitze zuerst das befolgen, was die Herren Geistlichen für gut finden; als Beweis dafür führte er Beispiele von den Stoff- und Wachstuchdruckereien in Lörrach und Breisach an, die durch Kollegen Kurz-Mühlhausen durch ähnliche Fälle aus seiner Zahlstelle ergänzt wurden, worauf Meinert einige Vorschläge für die Agitation in solchen Orten machte. Stoll forderte die Kollegen auf, überall Umschau zu halten unter den Photographengehilfen und allen andern Berufsangehörigen, sich mit diesen in Verbindung zu setzen und dem Bezirksvorstand die Statistik zukommen zu lassen.

Zu Punkt VII: Lehrlingswesen, begründete Kollege Stoll die Bedeutung der Lehrlingsabteilung im Senefelderbund und beleuchtete die Vorteile für die Lehrlinge und den Verband. Die Kollegen Herzog-Lahr und Trösch-Freiburg sprachen über die Erziehung der Lehrlinge im Allgemeinen, Schmitz-Strasbourg bedauerte, daß mit der ganzen Arbeit für die Lehrlingsabteilung immer nur einzelne belastet würden, während andere, ja sogar Vorstandsmitglieder gewisser Zahlstellen, der Sache verständnislos gegenüberständen. Kollege Baier-Lahr äußerte die Ansicht, daß der Druck der Verhältnisse, unter dem auch die Lehrlinge zu leiden haben, diese von

selbst in unsere Reihen treibe. Von allen Redner wurde anerkannt, daß die Lehrlinge für unsern Verband gewonnen werden müssen. Die Anregung der Straßburger Kollegen, durch Ausflüge der Lehrlinge die Bestrebungen zu fördern, soll im nächsten Frühjahr aufgenommen werden.

Es folgte Punkt VIII: *Wahlen*. Vorort des 18. Bezirks bleibt Laß. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt die Kollegen Stoll als Vorsitzender, Baier als Kassierer und Müller als Schriftführer. Ueber Ort und Zeit für den nächsten Bezirkstag waren die Wünsche verschieden. Der Antrag des Kollegen Dienst-Straßburg: den Situationsbericht vier Wochen vor dem Bezirkstag einzureichen und alljährlich einen solchen abzuhalten, wurde angenommen und schließlich die Abhaltung dem Ermenen des Bezirksvorstandes anheimgegeben.

Unter Punkt IX: *Verschiedenes*, empfahl Kollege Meinert die Bilderausstellung jeder Zahlstelle, da sie das Interesse der Kollegen weckt und agitatorisch wirkt. In bezug auf die Bezirksstatuten erklärte Kollege Stoll, daß sie baldigst ausgearbeitet und jeder Zahlstelle zugesandt werden.

Unter dem X. und letzten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Rothweiler einen Vortrag über: *Bildende Kunst und moderne Graphik*. Er besprach zunächst die Bildungsbestrebungen der Arbeiterorganisationen und bezeichnete es unter Hinweis auf die mit dem Bezirkstag verbundene Ausstellung von Druck-Erzeugnissen als einen Fortschritt, daß wir neben der Erörterung reiner wirtschaftspolitischer Fragen unser Augenmerk auch auf Dinge lenken, die geeignet sind, die berufliche und Allgemeinbildung der Kollegen zu fördern. Der Arbeiter lerne dadurch den Wert einer höheren Kultur schätzen. Er werde alsdann seine Kraft vielmehr in den Dienst der Bestrebungen stellen, die darauf hinauslaufen, seine materielle Lage zu verbessern, um Anteil an diesen Kulturerzeugnissen nehmen zu können. Aus diesem Grunde dürfte auch die Erörterung des vorstehenden Themas, das in enger Beziehung zu unserem Berufe stehe, die Gedanken beschärfen. Was ist bildende Kunst? Sie unterscheidet sich von allen Künsten dadurch, daß sie als Ausschnitt der Ereignisse des Lebens und der Natur uns nicht nur vorübergehend, sondern dauernd zu fesseln vermag. Sie bildet den Menschen und ist somit ein wichtiger Faktor für das kulturelle Leben. Leider versage die soziale Lage der Arbeiter den Genuß echter Kunst, die ein Vorrecht der besitzenden Klassen sei, und doch sei ein reges Bedürfnis nach Kunstgütern auch in den Arbeiterkreisen vorhanden. Deshalb sei es Aufgabe der heutigen Zeit, die Kunst dem Volke zugänglich zu machen und deren Popularisierung zu fördern. Der Arbeiter wolle nicht nur seine leiblichen Bedürfnisse befriedigen, sondern strebe auch nach etwas Höherem, das dem Leben auch wirklichen Wert verleihe. Diese Bedürfnisse wurden aber bisher in ganz primitiver Weise befriedigt. Die Kunst des Arbeiters bestand nur aus vergilbten Oeldrucken und alten Photographien, die der Wohnung seiner Wände als Schmuck dienten. Man hat deshalb, um dem Volke Kunst zu vermitteln und den Sinn für Schönheit zu wecken, zur Reproduktion gegriffen. Eine Reproduktion habe aber nie den gleichen Kunstwert wie das Original und sei deshalb für die Ausbildung des Kunstsinns nicht geeignet. Bei der Nachbildung komme die Eigenart des Künstlers und sein Empfinden, wodurch ein Gemälde erst wertvoll gestaltet wird, nicht mehr voll zum Ausdruck. Will man daher den Massen die Kunst im Original zugänglich machen, so müsse man die Reproduktion ausschalten. Der Künstler müsse das Bild selbst herstellen, und zwar, um den Bezugspreis billig und für den Minderbemittelten erschwinglich zu gestalten, mittels eines Verfahrens, das eine Vervielfältigung ermöglicht. Dies sei die Lithographie, durch deren Anwendung der Weg gefunden wurde, echte Kunst ins Volk zu tragen und ein Original zu billigem Preise zu bieten. Durch diese Künstler-Lithographien, wie sie in der Ausstellung zu sehen sind, ist einem längst empfundenen Bedürfnis Rechnung getragen zur Ausbildung des Kunstverständnisses und des Sinns für Farben und Formgebung. Diese Blätter sind insbesondere für den Lithographen interessant genug, um Beachtung zu finden, weil er in ihnen die Vorzüge der graphischen Technik vereint findet, mit der die Künstler arbeiten. Jedenfalls sei deren Schaffen für den Lithographen vorbildlich, indem auch das Kunstgewerbe durch sie beeinflusst wird. Durch die künstlerische Gestaltung und Beeinflussung der Kleinkunst werde die Lithographie als Reproduktionsmittel gefördert, weil sie dadurch gegenüber andern Vervielfältigungsverfahren konkurrenzfähig erhalten wird. Es entsteht so die Frage, ob der Lithograph auch den Zug der Zeit erfaßt habe, was verneint werden müsse. Er übe seinen Beruf rein handwerksmäßig aus, was allerdings an dem ganzen System unserer heutigen Produktionsweise begründet ist, die nur Fabrikware kennt. Und doch könne manches getan werden, um Besserung zu schaffen. Das sei die Aufklärung unserer Lithographen zum Kunstverständnis. Der Lithograph soll nach- und mitempfinden lernen, damit er nicht gezwungen ist, schematisch zu arbeiten. Durch die Benutzung der vielfach gebotenen Quellen ist dies auch möglich, nur ist Hingabe und Ernst notwendig. Es werde dann nicht nur Wert geschaffen in bezug auf Schönheit, sondern auch auf das wirtschaftliche Erwerbs-

vermögen. Die gewerkschaftliche Tätigkeit und das Streben nach beruflicher Vervollkommnung wie auch nach Allgemeinbildung ergänzen sich gegenseitig, gehen ineinander auf. Schunderzeugnisse und Schundpreise sind die Folgen geringer Löhne und langer Arbeitszeit. Deshalb ist der soziale Gedanke in der Bewegung der künstlerischen Beeinflussung der Lithographie der: Höhere Lohnforderungen, verkürzte Arbeitszeit, damit die Konkurrenzfähigkeit derjenigen Unternehmungen untergraben wird, die auf Billigkeit und Schund hinarbeiten; und andererseits: Erziehung zur Veredelung der Bedürfnisse des kaufenden Publikums, die Festigung des Denkens und Fühlens in ethischer Beziehung. Darum: Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen im Allgemeinen, und innerhalb dieser: Stärkung der Bestrebungen bezüglich der beruflichen und der Allgemeinbildung, wie auch Förderung des Strebens nach dem Genuß der Kulturwerte und Kulturerzeugnissen.

Dem schönen Vortrage, der mit Beifall aufgenommen wurde, folgte eine rege Diskussion. Kollege Müller-Laß forderte die Kollegen auf, überall gegen die geplante Tabaksteuer Protest zu erheben, da solche, wenn sie eingeführt wird, auch unseren Beruf schwer beeinflussen würde. Kollege Reiser-Laß ermahnte fest und unbewegt zur Sache zu halten und sich durch keine Stürme des Lebens oder persönliche Reibereien vom Verband abwendig machen zu lassen. Nachdem Kollege Baier den Freiburger Kollegen für die Mühe und gediegene Arrangierung der Ausstellung den Dank der Bezirkstagsversammlung ausgesprochen hatte, gab Kollege Meinert in seinem Schlußwort ein kurzes und klares Resümee der Verhandlungen, die jedem Kollegen ein Ansporn zu erneuter Tätigkeit in seiner Zahlstelle sein müßten. Um 1/8 Uhr schloß der Vorsitzende Kollege Stoll den Bezirkstag mit einem Hoch auf den Verband.

Wilh. Müller.

Brief aus San Juan, Puerto Rico.

Vor kurzem ist hier eine neue Lithographie eröffnet worden. Drei Kollegen wurden eingestellt, von denen zwei direkt aus Deutschland kamen, während der dritte, auch ein Deutscher, zuletzt in Spanien in Stellung war.

Die ältere Artstalt am Ort, die Firma *Boletín Merkantíl*, ist dagegen immer noch auf der Suche nach Arbeitskräften. Sie hat jetzt eine *»Stütze des Geschäfts«*, den Lithographen R. Koch, als Werber nach Deutschland geschickt, angeblich um seine Braut zu holen, hauptsächlich aber, um Lithographen und Steindruckler für Hungerlöhne zu engagieren. Darin besitzt Koch Routine. Die hiesigen Unternehmer scheuen keine Mittel, um solche Leute zu bekommen, die sich aussaugen und auspressen lassen wie eine Zitrone. Deshalb seien die deutschen Kollegen vor dem Werber gewarnt.

Die Verhältnisse in der Firma lassen fast alles zu wünschen übrig. Durch fortwährendes Fördern sind wir jedoch zu einer kleinen Verkürzung der Arbeitszeit (wofür Koch einen seiner Kollegen der Geschäftsleitung als den *»Schuldigen«* denunzierte) und zur Abstellung einiger anderer Mißstände gelangt. Ebenso wurde in bezug auf eine anständige Bezahlung eine Kleinigkeit erobert. Es wäre noch mehr erreicht worden, wenn die genannte *»Stütze des Geschäfts«* nicht ständig gegen, sondern mit den Kollegen gearbeitet hätte. Aber auch das Wenige, was erreicht wurde, soll uns wieder genommen werden, und dieser Koch gibt sich dazu her, in Deutschland Ersatzkräfte für die *»Unzufriedenen«* zu werben!

Einer der hiesigen Kollegen sollte kürzlich schon Knall und Fall entlassen werden. Skrupellos sollte er hier in die Wildnis hinausgestoßen werden, zwischen Neger und Mulatten, deren Sprache er nicht versteht. Wenn sich die Kollegen einig wären, dürfte die Firma derartige Ungeheuerlichkeiten nicht wagen; denn hier arbeitslos zu werden ist noch viel, viel schlimmer wie in Deutschland. Wenn sie aber mit der Androhung derartiger Maßnahmen zu operieren wagt, dann haben wir das nur solchen Leuten vom Schlage des Koch zu verdanken, denen kollegiale Solidarität ein Buch mit sieben Siegeln ist. Jeder durch Koch geworbene Kollege ist denselben Gefahren ausgesetzt. Darum noch einmal: **Vorsicht!!!**

Gegenwärtig schlagen hier die Wellen der politischen Bewegung sehr hoch. Neben der Präsidentenwahl finden in San Juan die Abgeordnetenwahlen für das Parlament in Washington statt. Für die Arbeiter wird aber nichts dabei herauskommen. Zwei Parteien stehen sich gegenüber: Unionisten, das sind Großgrundbesitzer, die ungefähr den konservativen Agrarier in Deutschland entsprechen, und Republikaner, die mit dem liberalen Kuddelmuddel Deutschlands verglichen werden können. Sie versprechen heute dem Volke einen Sack voll Rosinen und treiben ihm morgen mit der Peitsche den Profit wieder ab. Der Mittelstand fehlt hier fast ganz. Es gibt nur zwei Klassen: Kapitalisten und Proletarier, Reiche und Arme. Aber das Proletariat hat sich noch rein gar nicht auf seine Kraft besonnen. Es macht immer noch seine ärgsten Feinde zu seinen Schwältern. Die Sozialdemokratie ist noch ungemein schwach und fällt bei den Wahlen gar nicht ins Gewicht. Das Volk hat noch keine Ahnung, welchen Wert die Partei in sich birgt. Die Volkadamheit ist schon mehr eine soziale Volkskrankheit, an deren Beseitigung

den Herrschenden im wohlverstandenen Klasseninteresse nicht das Geringste liegt. Schulzwang besteht daher nicht, die Kinderausbeutung ist ganz enorm. Auch in unserem Betriebe werden Kinder von 10 Jahren an ausgebeutet.

Solange das Volk in seiner grenzenlosen Dummheit und Stumpfsinnigkeit verharrt, solange es in jedem Sozialdemokraten einen Lumpen und Verbrecher sieht, blüht der Weizen des Kapitalismus, wird dem Volke durch seine Ausbeuter das Fell über beide Ohren gezogen. Einige Eingewanderte sind diesen Zuständen gegenüber machtlos, darum seien die deutschen Kollegen noch einmal eindringlich davor gewarnt, sich von dem Koch für das hiesige Ausbeuterium ins Garn locken, verraten und verkaufen zu lassen!

Wer es trotzdem wagen wollte, müßte mindestens 200 Mk. für die Ausrüstung, freie Reise zweiter Klasse, einen Mindestlohn von 25 Dollar wöchentlich und den Beginn der Lohnzahlung vom Tage der Abreise ab durch Vertrag vereinbaren. Klüger handelt er aber, wenn er diesem Lande so fern als möglich bleibt.

— 11 —

Ortsberichte.

Hamburg. Am 29. November fand hier eine äußerst imposante, von etwa 2500 Personen besuchte Protestversammlung gegen die geplante Tabaksteuer statt, in der auch die Angehörigen unserer Berufe stark vertreten waren. Der überaus zahlreiche Besuch beweist, welches Interesse die Arbeiter an der Verwerfung der Tabaksteuervorlage haben. Die Versammlung war sich durchaus bewußt, daß die Annahme der Vorlage die Brotlosigkeit tausender fleißiger Arbeiter bedeutet. Der Referent der Tabakarbeiter, Genosse Förster, wies schlagend nach, welche Verheerung in der Tabakindustrie, deren Arbeiter jetzt schon zu den am schlechtesten bezahlten gehören, angerichtet werden würde, wenn diese Vorlage Gesetz wird. In verschiedenen Gegenden Deutschlands seien die Tabakarbeiter schon jetzt nur durch äußerste Anstrengung und langausgedehnte Arbeitszeit imstande, sich dürftig zu ernähren. Er bezeichnete diese Art Gesetzgebung als eine Rücksichtslosigkeit sondergleichen gegenüber der deutschen Arbeiterschaft. Für die Angehörigen des Lithographie- und Steindruckgewerbes referierte der Kollege Ulrich; derselbe legte eingehend die Schäden dar, welche unserem Berufe durch eine solche Steuer erwachsen würden. Es würde bei uns nachher genau so gehen wie in den Monopolländern, daß auf Ausstattung der Zigarrenkisten nicht mehr der geringste Wert gelegt wird. Dadurch würden etwa 2000 unserer Kollegen arbeitslos werden. Es sei deshalb auch unsere Pflicht, im Interesse der Erhaltung unseres Gewerbes einmütig gegen diese Steuervorlage zu protestieren. Die nachfolgenden Redner wandten sich ebenfalls scharf gegen die Steuer, betont, daß diese Tausende von Arbeiterexistenzen vernichten würde. Zu erwähnen wäre noch, daß von den zur Versammlung eingelaufenen bürgerlichen Reichstagsabgeordneten, soweit sie in Hamburg wohnen, niemand erschienen war. Nach Annahme einer Resolution, die sich mit Entschiedenheit gegen die Steuerwendet, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Rheydt. Am 26. November fand hier eine öffentliche Protestversammlung gegen die geplante Tabak-, Inseraten- und Plakatsteuer statt. Der Referent, Kollege Sillier, hob hervor, daß es die Regierung stets auf den Tabak abgesehen habe. Seine weitere Besteuerung belaste hauptsächlich die breiten Bevölkerungsschichten; daher sei eine entschiedene Opposition der regierungsfreundlichen Parteien, die sich mit allen Mitteln gegen jede Belastung der Besitzenden wehren, gegen die Tabaksteuer kaum zu erwarten. Und der Einfluß der Arbeiterklasse auf das Parlament sei infolge ihrer schwachen Vertretung im Reichstage leider nur gering. Dafür müssen wir durch gewaltige Versammlungen protestieren, denn die weitere Belastung des Tabaks werde einen derartigen Rückgang des Konsums zur Folge haben, daß die Arbeitslosigkeit im Tabakgewerbe ins Ungeheure steigen muß. Und unser Gewerbe wird dabei schwer in Mitleidenschaft gezogen werden, den 2800—3000 Kollegen und 12000—15000 Hilfsarbeiter seien in der Herstellung von Tabakpackungen und Plakaten beschäftigt. Die gleichen Wirkungen müßte die Anzeigen- und Plakatsteuer auf unser Gewerbe ausüben. Gerade diese Steuerpläne der Regierung liefern den Beweis dafür, wie notwendig es für den Gewerkschafter sei, durch Anschluß an die politische Organisation ihre Rechte geltend zu machen. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach einer kurzen sachlichen Auseinandersetzung mit einem christlichen Gewerkschafter wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute von ca. 200 Personen besuchte Protestversammlung graphischer Arbeiter verurteilt aufs schärfste die weitere Heranziehung und Besteuerung aller Bedarfsartikel und protestiert gegen die geplante Tabak-, Anzeigen- und Plakatsteuer, welche für die Arbeiter als unausbleibliche Folge weitere Arbeitslosigkeit nach sich ziehen wird. Die

Versammlung erblickt in einer allgemeinen 'progressiven Einkommensteuer den geeignetsten Weg für die weitere Aufbringung der notwendigen Mittel'.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schmetter, Leipzig-N.

Wie man in Stuttgart das gute Einvernehmen fördert.

Schon wieder müssen wir die Blicke der Kollegenchaft auf Schwabens Hauptstadt lenken. Nicht gering tun wir dies! Aber wenn man es nicht anders haben will, so kann es uns auch recht sein — wir brauchen dabei nicht zu erröten, wir können den Blicken standhalten! Wie schön hörte es sich an, als man beim Friedensschluß 1906 erklärte: »In allen zukünftigen Streitfällen soll man stets die beiden Vorsitzenden zurate ziehen, und diese haben die Fälle zu untersuchen und zu schlichten.« Schon glaubte man, die erste Sprosse der Stufenleiter der sozialen Erkenntnis sei von unseren Prinzipalen erklommen, wir würden es fortan nicht mehr nötig haben, in der Öffentlichkeit unliebsame Erörterungen anzustellen. Unser Glaube wurde jedoch durch die Praxis Lügen gestraft. In allen Fällen versagte seither der Ortsvorsitzende des Prinzipalvereins. Sobald die Dinge so lagen, daß sie den Firmen un bequem waren, lehnte Herr Seeger seine Vermittlung ab, da es nicht seine Sache sein kann, sich in die internen Angelegenheiten der hiesigen Firmen einzumischen. — Aus der Vergangenheit seien zwei Fälle herausgerissen.

Die Firma Heintz Bendele beschäftigte einen Lithographen. Dieser hatte u. a. auch Entwürfe herzustellen. Dazu braucht man, wie jeder weiß, Malfarben und für größere Arbeiten auch ein Reißbrett. Dies sind nach Ansicht des Herrn Bendele unnötige Dinge. Der Kollege kündigte, der ewigen Scherereien müde, seine Stellung. Noch am letzten Tage suchte Herr Bendele einen Streit vom Zaune zu brechen. Es gelang ihm auch. Dabei verstieg sich dieser Herr Prinzipal zu allerlei Redensarten. Der Titel »frecher Hund« wurde einige Male vergeben! Auch das Faustrecht war in außerordentlicher Nähe, die Worte: »Ich schlage Ihnen ein paar auf Ihre freche Gosche« zeugen davon! — Wir sehen hier also einen Streitfall, der sehr wohl der Behandlung wert gewesen wäre. Keinesfalls stehen wir auf dem Standpunkt, daß nun der Kollege auf alle Fälle im Recht sein muß — nur eine Untersuchung hätte auf beiden Seiten ein klares Bild schaffen können. Diese wurde aber abgelehnt: es sind dies »interne Angelegenheiten der Firmen! Man vergißt dabei, daß der Fall damit wohl prinzipalseitig erledigt war, aber für uns nicht! Den Prinzipalen sind natürlich solche Sachen un bequem. Der Streit mag gelegen haben er will — derartige Ausdrücke sind eines gebildeten Menschen unwürdig. Herrn Bendele sollte man aus Mitteln des Stuttgarter Vereins Knigge's »Umgang mit Menschen« anschaffen (Reclam-Ausgabe 60 Pf.), dann kämen solch unliebsame Sachen nicht vor.

Nun zum zweiten Fall. Dieser spielt in Firma E. Hochdanz. Schon seit Jahren wird über diese Firma Klage geführt. Sie engagiert mit Vorliebe Lithographen aus recht entfernten Orten. Nach ganz kurzer Zeit werden sie wieder entlassen. Grund natürlich immer »Unbrauchbarkeit«. Es ist dies heutzutage ein wunderbares Zauberwort! Immer da zur Hand, wo man andere Gründe verdecken möchte. — In letzter Zeit haben wieder zwei Kollegen den gaslichen Kunsttempel verlassen müssen. Der eine, ein nachweisbar guter Arbeiter, verbat sich die Bezeichnung seiner Arbeiten mit »Lehrlingsarbeiten«. Der Mann kann arbeiten. (Wir ließen seine Arbeiten von Fachkollegen untersuchen.) Unser Kollege hatte es durchaus nicht nötig, sich die Bezeichnung »Lehrlingsarbeiten« gefallen zu lassen. Der zweite Kollege war schon längere Zeit stellenlos. Endlich winkte Stellung bei E. Hochdanz in Stuttgart. Das letzte Geld langte gerade zur Eisenbahnfahrt und sonstigen Unkosten. Nach kaum vierzehn Tagen konnte er einsehen, daß das Opfer umsonst gebracht war — er wurde wieder arbeitslos. Auch dieser Kollege war ein guter Arbeiter. Er hätte sich auch noch in die Hochdanz'schen Arbeiten eingearbeitet, wenn man ihm Zeit dazu gelassen hätte. — Aber die Firma hat ja das nicht nötig, sie kann ja aus irgend einem Erdwinkel andere Lithographen aufstöbern! Was macht es, wenn auch diese Leute den letzten Spargroschen durch die Reise nach dem Kunsttempel ausgeben. Man kann ja nachher auf Stuttgarter Bergen spazieren gehen und philosophische Betrachtungen über »Lebensstellungen« anstellen. Es werden dies die letzten Fälle nicht sein. Immer wieder lassen sich die Kollegen ohne genügende Sicherheit (ja auch auf Probe!) engagieren. Wir wollten diesmal, gewitzigt durch unsere Erfahrungen mit dem Prinzipalvorsitzenden, direkt mit der Firma Rücksprache nehmen. Unser Empfang wurde abgelehnt — wir sollten uns an den Vorsitzenden Herrn Seeger wenden, dort sei für Beschwerden die zuständige Stelle! Obwohl uns die Geduld schon ausgehen

konnte — versuchten wir es aber doch! Und prompt lief die Antwort ein: »Ich bedauere, noch auf dem gleichen Standpunkt stehen zu müssen, wonach es nicht meine Sache sein kann, mich in die internen Angelegenheiten der hiesigen Geschäfte einzumischen!« Wir geben zu, angenehm ist es nicht, Streitfälle zu schlichten. Wenn man aber wirklich im Recht sich befindet, dann braucht man eine Untersuchung nicht zu fürchten. Dieses »Wenn« ist eben der wunde Punkt. Die Firma selbst hat bei alledem noch den Mut, in einem Brief an Herrn Seeger — uns die Schuld an ihrem Geschäftsgebaren zuzuschreiben. Schuld seien die Hetzereien des Senefelder Bundes in- und außerhalb der »Graph. Presse«. Diese Hetzereien seien auch die Ursache des gegen früher häufigeren Wechsels unter den Lithographen. Wir wollen der Firma in aller Ruhe sagen, daß nicht wir die Schuld an ihrem »Bekanntsein« tragen, sondern sie selbst. Es waren schon sehr tüchtige Kräfte dort beschäftigt, welche in anderen Firmen geschätzt und geachtet werden — bei Hochdanz wurden sie wie Lausbuben behandelt! Wir möchten der Firma den Rat geben, darin den Grund zu erkennen und Besserung einleiten zu lassen, dann wird auch ihr Name wieder einen guten Klang in unserer Kollegenchaft bekommen! Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung!

Diese Zeilen werden natürlich wieder unangenehm empfunden werden. Nachdem alles versagt, blieb uns kein anderer Weg übrig. Wir meinen es ernst und lassen uns nicht am Narrenseil herumführen. Wenn auch die jetzige Krise schwer auf uns lastet, so haben wir es doch nicht nötig, zu unserem harten Los auch noch Ungerechtigkeiten zu erdulden. Wir werden uns dieser mit allen zu Gebote stehenden Mitteln erwehren. W.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Schwitzarbeit in der Chemigraphie.

In den letzten Jahren hat sich in der Chemigraphie eine völlige Umwandlung der Positivretusche vollzogen. Von Amerika kam der Anstoß. Aus einem mehr untergeordneten Hilfsmittel der Klischeefabrikation entwickelte sich dort die Positivretusche zu einem wichtigen Faktor der chemigraphischen Branche. Einmal in Deutschland eingeführt, eröffnete die Maschinenretusche neue Entwicklungsmöglichkeiten für den Beruf. Mit dem steigenden Bedarf auf dem Klischeemarkt stieg notwendigerweise die Nachfrage nach guten Maschinenretuschern.

Die Löhne stiegen. Ueberstunden und Hausarbeit nahmen überhand. Und mit der Hausarbeit für die Firma, in der der Retuscheur tagsüber beschäftigt, kam die Hausarbeit für andere Geschäfte. Und nun noch ein kurzer Schritt, und der Privatretuscheur erscheint auf der Bildfläche.

Auch hier haben wir dieselben Ursachen für das Schwitzsystem wie in der Lithographie, Konfektion, Tabakbranche usw. Es ist vor allem die leichte Transportierbarkeit des Arbeitsmaterials, sowie das Fehlen von größeren Maschinen beim Handwerkszeug, denn die Anschaffungskosten eines »Air-Brush« sind nicht schwer zu beschaffen.

In richtiger Erkenntnis ihres Vorteils haben es die Unternehmer der chemigraphischen Kunstanstalten verstanden, diese Privatretuschere für ihre Zwecke zu benutzen. Der Umstand, daß eingearbeitete Maschinenretuschere nicht immer gleich zu haben sind, erleichterte es ihnen, sich der Zwischenmeister zu bedienen. Es bestand auch ein gegenseitiger Beschluß, wonach Arbeit an Privatretuschere nur dann gegeben werden darf, wenn die Arbeitsnachweise nicht in der Lage sind, die notwendigen Gehilfen zu stellen. Dieser Beschluß geht leider total daneben. Ich will ohne weiteres zugeben, daß er von den besten Absichten getragen war. Es ist aber ein wichtiges Moment übersehen worden.

Nehmen wir an, die tariftreuen Unternehmer geben keine Arbeit mehr an diese Privatretuschere. Was bliebe den Leuten anders übrig, als wieder als Gehilfe zu gehen? Denn Qualitätsarbeiten, gute technische Klischeeaufträge gibt es glücklicherweise wohl nur in tariftreuen Firmen. Und würden die Privatretuschere diese Auftraggeber los, dann wäre eben ihre Existenz zu Ende. Von dem wenigen, was sie etwa außerdem noch haben, können sie sich kaum selbst, geschweige denn mit Gehilfen und Lehrlingen erhalten. Es wäre also damit erreicht, daß genau soviel Arbeitskräfte vorhanden sind als vorher, nur nicht als Privatretuschere oder als Gehilfen bei solchen, sondern als Gehilfen in den Betrieben selbst.

Damit ist wohl bewiesen, daß die Privatretuschere in Wirklichkeit gar keinen Ersatz für fehlende Arbeitskräfte darstellen. Sie sind ja vorhanden. Sie müßten nur genötigt werden, wieder als Gehilfen zu gehen. Wohl aber bedeuten sie als Zwischenmeister geradezu eine Gefahr für den Beruf.

Ich glaube es mir ersparen zu können, die ungeheuren Schädigungen dieser verderblichen Produktionsform auseinanderzusetzen. Es genügt darauf hinzuweisen, daß überall die Gewerkschaften

ihre besten Kräfte zur Bekämpfung dieses Krebschadens aufwenden. Ich erinnere an die Heim-arbeitsausstellungen in Berlin und Frankfurt a. M., die namenloses Elend enthüllt haben. Schon ist man in verschiedenen Ländern daran gegangen, Gesetze zur Einschränkung der Heimarbeit zu schaffen, und auch in Deutschland haben wir von Seiten der Regierung schon lange das Versprechen, die Ausbeutung durch Heimarbeit gesetzlich zu beschränken. Nur ist leider die Einlösung des Versprechens noch immer vergessen worden.

Wenn nun Berufe, wie Konfektion, Wäschefabrikation u. a. mit Recht die Gesetzgebung zur Bekämpfung der Heimarbeit anrufen, so deshalb, weil die Mißstände seit vielen Jahrzehnten fest eingewurzelt, die Arbeiterorganisationen aber noch immer recht schwach sind. Da ist an einer wirkungsvollen Bekämpfung durch die Arbeiter selbst kaum zu denken.

Vergessen wollen wir auch nicht, daß diese Berufe auf die Ausbeutung des allergrößten Elends förmlich aufgebaut sind, auf der zum Teil ihre Konkurrenzfähigkeit überhaupt beruht. Daß unter solchen Verhältnissen einer Einschränkung der Heimarbeit ungeheure Schwierigkeiten erwachsen, ist leicht zu ermesen. Vergleichen wir aber derartige Verhältnisse mit der Lage in unserem Beruf, so kommen wir doch zu ganz anderen Ergebnissen.

Hier haben wir einmal eine Gehilfenorganisation, die fast sämtliche Berufsangehörige umfaßt. Dann haben wir einen Tarif, der unbestritten vieles enthält, was andere Gewerkschaften vielleicht erst nach langen, opferreichen Kämpfen erreichen werden. Und das in einem Gewerbe, das seine Blüte und Konkurrenzfähigkeit erreicht hat, ohne das elende Schwitzsystem!

Haben wir da nicht die Pflicht, in der Bekämpfung dieses Zwischenmeisterstums ebenfalls voranzugehen? Oder ehrlicher: Haben wir nicht eigentlich unsere Pflicht schon verletzt, indem wir solche Erscheinungen bei uns überhaupt einreißten ließen? In Berlin allein bestehen heute schon mindestens 7 Privatretuschere. Das bedeutet auf eine Zahl von höchstens 60 Positivretuschere einen ganz bedeutenden Teil. Einige beschäftigen wohl einen oder zwei Gehilfen, auch Lehrlinge sind schon eingestellt worden. Wenn dann festgestellt ist, daß in einer Privatretusche bereits ein »technischer Leiter«, oder wie er genannt wird, »technischer Inhaber« vorhanden ist und ein Hilfsarbeiter, der nur Schablonen schneidet und untergeordnete Arbeiten ausführt für 15 bis 18 Mark Wochenlohn, so können wir uns mit Leichtigkeit ausmalen, wo die Reise hinget.

Außerhalb der Kontrolle der tariflichen Instanzen, Einstellung von Ungerneuten und Gelehrten zu Löhnen unter dem Tarif, weitgehende Arbeitsteilung, unter der in letzter Linie die Güte der Arbeit leiden muß. Denn diese Leuten arbeiten heute schon billiger, als in den Geschäften geliefert wird, trotzdem sie sämtliche Unkosten tragen. Und das in einer Zeit, die immerhin günstig genannt werden kann. Wie nun, wenn Retuschearbeiten spärlicher eingehen? Da werden sich die Wirkungen noch ganz anders offenbaren!

Halten wir uns doch recht deutlich vor Augen, wie die Dinge sich in der Lithographie entwickelt haben.

Berliner und Leipziger Privatlithographen liefern nicht nur für die Kunstanstalten ihrer Stadt, nein, für ganz Deutschland, für Rußland, die Schweiz, Amerika, England, Spanien usw. Für die ganze Welt wird in diesen beiden Städten, vor allem aber in Berlin, in der Privatlithographie gearbeitet. Es haben sich, wie durchaus zutreffend gesagt worden ist, Schmarotzerexistenzen eingenistet, die am Mark des Gewerbes zehren.

Das soll uns eine Warnung sein! Lassen wir den Dingen ihren Lauf, so können wir uns in der Positivretusche auf dieselbe Entwicklung gefaßt machen. Berlin hat recht bedenkliche Anfänge aufzuweisen.

Bauen wir beizeiten vor, wir sind es den Kollegen in ganz Deutschland, ja wir sind es der ganzen Arbeiterschaft schuldig!
Gustav Adolf.

Der Chemigraphenstreik in Haarlem-Holland.

Der Chemigraphenstreik in der Firma Poligraph, Haarlem-Holland, welcher nun schon über ein Vierteljahr im Gange ist, nimmt seinen weiteren Fortgang. Verhandlungen, welche vor kurzem im Beisein des Kollegen Sillier stattfanden, führten zu keinem Resultat. Die Firma erklärte nach bekannter Unternehmermanier: »wenn die anderen Firmen bewilligen, dann wolle auch sie einen Tarifvertrag anerkennen.« Einer beruft sich bekanntlich immer auf den andern. Schließlich erklärte die Firma, wenn die Mehrzahl der Firmen Hollands bis zum 15. Januar einem Tarifvertrag zustimmen, dann sei die Firma Poligraph auch bereit dazu. Die Streikenden dagegen erklärten, daß die Firma, sobald eine in Holland befindliche bedeutende Firma dem Vertrag zustimmt, diese Zustimmung ebenfalls erklären solle. Das lehnte die Firma ab, wahrscheinlich in der Auffassung, daß die Gehilfen bis zum 15. Januar die Mehrzahl der Firmen doch nicht zur Anerkennung bewegen werden, weil die Zeit bis dahin zu kurz ist. Der Streik selbst ist ja bekanntlich deshalb entbrannt, weil die Firma Poligraph eine gesetzliche

Bestimmung (ähnlich wie in Deutschland der § 616 B. G.-B.) durch einen Gegenvertrag aufheben wollte. Die Firma will eben die gesetzlich vorgesehene Bezahlung von kurzer Unterbrechung im Arbeitsverhältnis nicht leisten. Von den übrigen Firmen in Holland ist ein solcher Kampf gegen diese Bestimmung nicht vorgenommen, und da die Firma zum Überfluß auch noch die Arbeitszeit von 8 auf 9 Stunden verlängerte, trotzdem in einer Reihe Firmen die Arbeitszeit kürzer ist, kam es zum Streik.

Die Streikenden halten mutig im Kampfe aus, doch leider haben sich eine Reihe Arbeitswilliger gefunden, darunter auch einige Deutsche mit dem bekannten *Albu* an der Spitze. Letzterem müssen wir einen besonderen Lorbeerkranz deshalb stiften, weil er als der Anführer der Arbeitswilligen zu betrachten ist, so daß wir ihm bei etwaiger Zurückkunft nach Deutschland einen besonderen Empfang bereiten werden. Neben Deutschen sind Oesterreicher, Schweizer und Engländer zu finden. *Albu*, welcher an den letzten Verhandlungen teilnahm und die Interessen der Firma in echter Schafmachersmanier vertrat, verstieg sich zu dem recht naiven Ausspruch: »Das, was Ihnen hier bewilligt wird, erkennt keine andere Firma an!«. Auch dieser *Albu* mit seiner naiven Auffassung ist eben sicher, daß bis zum 15. Januar eine eingehende Tarifbewegung bei der Mehrzahl der Firmen unmöglich ist. 6 Wochen Frist für eine solche Bewegung und dazwischen noch die Weihnachtszeit! Solch eine Zumutung kann eben kein Mensch mit gesundem Menschenverstand stellen. Kollegen, merkt Euch den Namen *Albu*.

Eben wird uns mitgeteilt, daß wieder einige Arbeitswillige die Plätze verließen, und darunter auch ein erst zugereister Engländer. Diese Kollegen dankten gewiß für die höfliche Behandlung in Haarlem, denn gleich Zuchthäusern werden die Arbeitswilligen von und nach der Arbeit durch Polizeibeamte transportiert. »Prosit Haarlemers.« S.

Aus den Sektionen.

Leipzig (Lichtdr.). In unserer Versammlung vom 13. November hielt zunächst Genosse Schuchard einen sehr interessanten Vortrag über »Die gegenwärtige Krise und deren Begleiterscheinungen«. Er ging auf das Wesen der verschiedenartigen Wirtschaftskrisen näher ein und gab eine Uebersicht über die Krisen, die sich in Deutschland und überhaupt auf dem europäischen Kontinent in den letzten 80 Jahren abgespielt haben. Zum Schlusse streifte er noch die Sydowschen Steuerpläne mit ihren zukünftigen Folgen für das werktätige Volk. Das wohlgeleitete und gut durchdachte Referat fand lebhafteste Anerkennung. Sodann berichtete der Vorsitzende über Schadenersatzklagen, wie sie in letzter Zeit von einigen Firmen eingereicht worden sind. Auch ein Zeichen der jetzigen Krise! Bei einer Firma ist es sogar vorgekommen, daß ein Kollege schadenersatzpflichtig gemacht wurde für Fehler, die er gar nicht verursacht hatte. Das darf unbedingt nicht mehr vorkommen. Es soll ein Schiedsgericht eingesetzt werden, dessen Spruch sich die Betroffenen zu unterwerfen haben. Auf keinen Fall aber darf ein Kollege wieder einen diesbezüglichen Revers unterschreiben, er hat sich auf die Tarifgemeinschaft zu berufen und ein Schiedsgericht zu fordern. Damit nun in Zukunft diese Angelegenheit rasch vorwärts gehen kann, wurden sogleich Schiedsgerichtsbeisitzer gewählt, und zwar die Kollegen Schleifer und Kaschner, als Stellvertreter Jentsch und Schubert. Des weiteren berichtete der Vertrauensmann über die Vorarbeiten zu einem Statut für den Lokalfonds. Da aber ab 1. Januar 1909 in Leipzig ein allgemeiner Lokalfonds errichtet wird, so wird der Fond, den die Lichtdrucker gegründet hatten, wieder aufhören, und es erübrigt sich dadurch die Ausarbeitung eines Statuts. Bloß über die Verwendung des Geldes soll noch Aufschluß in einer der nächsten Versammlungen gegeben werden. Auch auf den Artikel über den Lichtdrucktarif, der in der »Graph. Presse« vom 30. Oktober steht, kam ein Kollege zu sprechen. Am Kopf dieser Nummer gab das Tarifamt offiziell bekannt, daß wegen Nichtbezahlung der Beiträge neun Firmen mit annähernd 180 Kollegen vom Tarifamt ausgeschlossen wurden, und in dem Artikel wurde der gewaltige Fortschritt hervorgehoben, den die Tarifgemeinschaft gemacht habe. Dieser Artikel stehe ganz im Widerspruch zu dem Bericht, den der Leipziger Ausschußvertreter über die letzte Ausschußsitzung gab. Wenn der Senefelder Bund im Jahre 300 Mark an Tarifunkosten zu zahlen hat, dann ist es allerdings auffallend, wenn diese neun Firmen 2000 Mark bezahlen sollen. Die Tarifamtsvertreter sollen darnach forschen, zu was das Geld verwendet wird. Auch ist es auffallend, daß es sich um Firmen handelt, die nicht im Bunde der Lichtdruckanstalten sind. Der Senefelder Bund sollte dann auch die Beiträge für die »Gelben« nicht mehr bezahlen, sondern auch von diesen erhöhte Beiträge einsammeln, damit sie tariffrei sind. Der Ausschußvertreter stellte fest, daß er einen durchaus wahrheitsgetreuen Bericht über die Ausschußsitzung gegeben habe und daß ihm der Widerspruch in der Presse selbst unverständlich sei. Der Tarifamtsvorsitzende teilte hierzu mit, daß im Tarif-

ausschuß über die Beitragsfrage verhandelt worden ist. Uebrigens wäre es sehr zweckmäßig gewesen, wenn die betreffenden Firmen beim Tarifamt gegen die hohen Beiträge protestiert und nach der Verwendung derselben geforscht hätten. Daß aber den Firmen nicht viel daran gelegen war, konnte man daraus sehen, daß die Berliner Firmen in der letzten Ausschußsitzung garnicht vertreten waren, wo doch die Gelegenheit zu einer Aussprache vorhanden gewesen wäre. Was nun den Ausschluß der 9 Firmen betrifft, so besteht die Meinung, daß der Tarif-Ausschuß den Auftrag erteilt hat. Sollte jedoch in diesem Auftrage das Tarifamt zu weit gegangen sein, so liegt es beim Tarif-Ausschuß, der höheren Instanz, hierfür Rechenschaft zu verlangen. Redner empfiehlt, sich bis zur nächsten Versammlung zu gedulden, indem er glaubt, daß bis dahin die Angelegenheit ihre Erledigung gefunden haben wird. Beim Arbeitsnachweis ist ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen durch die Annahme einer Resolution, auf Grund deren sämtliche Tariffirmen gezwungen sind, den Arbeitsnachweis in erster Linie zu benutzen. Es liege nun aber auch ein gut Teil mit an den Gehilfen, dafür zu sorgen, daß dieser mehr zur Geltung komme, was wohl in unserem Berufe, wo man nahezu zu 90 Prozent organisiert ist, nicht schwer fallen kann. Zum Schluß wurden noch einige interne Angelegenheiten behandelt.

Photographisch. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen.
Zentralarbeitsnachweis: *Wilh. Hänlein, Berlin N. 28,*
Anklamerstr. 27. I. — Telefon Amt III, 5246.

Aus den Sektionen.

Dresden. Riesiges Vergnügen bereitete uns Dresdenern der vor Angst triefende Brief des Herrn Schlegel an Herrn Schwier. Wir können Herrn Schlegel nur verraten, daß er uns tatsächlich richtig eingeschätzt hat. Was an uns liegt, wollen wir tun, um seine Hoffnungen auf die »große Freude« zu erfüllen. Bereits jetzt sind wir wieder stark genug, um unter Umständen Herrn Schlegel eine »große Freude« zu bereiten und glauben bestimmt, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo wir als Vertreter der Gehilfenschaft mit Herrn Schlegel als Arbeitgebervertreter verhandeln werden. Wir möchten allerdings Herrn Schlegel dringend empfehlen, daran zu denken, daß wir diesmal im Verband der Lithographen, Steindruckers usw. vereint sind und nicht mehr in der Dresdener Vereinigung isoliert stehen. Eine Behandlung, wie in der Dresdener Vereinigung, wird sich wohl nicht mehr wiederholen lassen.

Stettin. Noch immer ist der Prozeß einer Anzahl sich beleidigt fühlender Photographen (Arbeitgeber) gegen den Geschäftsführer einer Stettiner Firma nicht zur Ruhe gekommen. Der betreffende Geschäftsführer ist in erster und zweiter Instanz jedesmal zu 5 Mk. und den Kosten verurteilt worden. Uns ist die Verurteilung ein Rätsel, denn das Amtsgericht Stettin hat die s. Z. angestrebte Klage derselben Herren gegen den Redakteur des früheren »Photogr. Mitarbeiter« wegen des Artikels, den der nun verurteilte Geschäftsführer allerdings im Schaukasten ausgestellt hatte, mit der Begründung zurückgewiesen, daß eine Beleidigung in der betreffenden Notiz nicht enthalten sei. Wie jemand, der eine Notiz aushängt, die nicht beleidigend ist, eine Beleidigung begeht, können wir nun einmal nicht verstehen. Es ist aber in der Verhandlung von seiten der Kläger in bezug auf unsern ehemaligen »Photogr. Mitarbeiter« behauptet worden, »derselbe sei ein sozialdemokratisches Hetzblatt.« (Hu!) Wir können nun nicht glauben, daß die Stettiner Gerichte deshalb einen Nicht-Sozialdemokraten verurteilen. Der betreffende Geschäftsführer ist wohl kein Sozialdemokrat und müßte, selbst wenn man die Behauptung der Kläger als wahr unterstellte, freigesprochen werden, denn nicht die Haltung des Blattes, sondern lediglich die Aushängung des bewußten Artikels kann der Beurteilung des Gerichts unterliegen. Ob der Angeklagte und Verurteilte nun noch zu einem unsern Rechtsanschauungen entsprechenden Recht kommt? Wir wagen es bald zu bezweifeln und sind auf den endgültigen Ausgang der Sache neugierig.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachsdruck-, Zeug- und Seidendrucker.
Offizielle Publikationsrubrik des »Zentralvereins der Formstecher und deren Hilfsarbeiter Deutschlands.«
Vors. u. Arbeitsnachweisführer: *C. Schubarth, Berlin N. 20,*
Badstr. 26. Kass. *P. Brinkmann, Rixdorf, Jonastr. 3 J.*

Bekanntmachung.

In No. 41 der »Gr. Pr.« wurden in einem Versammlungsbericht der Filiale Berlin auf Grund der Mitteilungen eines zugereisten Kollegen die Verhältnisse Beueler Fabrikstecherer kritisiert. Nachdem uns von der Beueler Filialverwaltung nun diesbezügliche

Aufklärungen zugegangen sind, müssen wir erklären, daß die Ausführungen des betreffenden Kollegen doch etwas sehr übertrieben waren, und bedauern, daß die Berliner Filial-Versammlung sich zum Sprachrohr des betreffenden Kollegen hergegeben hat. Daß in der Beueler Stecherei ein Lehrling für 8 bis 13 Gehilfen aufzunehmen muß und, um dieses zu schaffen, zum Teil zur Heimarbeit greifen mußte, ist ohne Frage eine bedauerliche Erscheinung; wir hoffen, daß sich dieses in Zukunft nicht wiederholen wird. Wir möchten aber gleichzeitig an alle Kollegen die eindringliche Ermahnung richten, Mißstände, die sich irgendwie in einer Stecherei ergeben, gleich an Ort und Stelle zur Sprache zu bringen und für deren Abschaffung einzutreten. Sollten die Kollegen irgendwelche Nachteile hiervon befürchten, so können sie versichert sein, daß sie in solchen Fällen eine festeste Stütze am Verbandsende finden werden.

Ferner steht in No. 48 unserer Presse in einem Versammlungsbericht der Filiale Leipzig eine Rede-Verwendung, welche geeignet ist, sämtliche Mitglieder des Zentral-Vorstandes zu kompromittieren. Die Leipziger Kollegen schreiben: »Eigentümlich berührt es uns, daß nun die Verhandlungsgeschäfte einfach brach liegen und sich im Zentral-Vorstand keine zweite Person findet, die den Kollegen Schubarth bei derartigen Fällen vertritt.« Hierzu haben wir zu bemerken, daß die Aufregung der Leipziger Kollegen in diesem Falle vollkommen deplaciert ist. In bezug auf die Anfrage, um der es sich in diesem Falle handelte, war Unterzeichneter der Ansicht, daß sie absolut nichts an Werte einblühen würde, wenn ihre Beantwortung einige Wochen auf sich warten ließe, und dieser Meinung haben sämtliche Vorstandsmitglieder beigegeben. Die Leipziger Kollegen können vollständig beruhigt sein, daß, wenn es sich um Sachen handeln würde, welche ohne Zeitverlust erledigt werden müssen, jedes einzelne Vorstandsmitglied sich seiner Pflicht vollkommen bewußt ist und einer für den anderen eintreten wird.

Zum Schluß möchten wir nochmals alle Kollegen auf unser letztes Rundschreiben aufmerksam machen und dringend darum ersuchen, möglichst in diesem Quartal die Beiträge 14 Tage im voraus zu entrichten, damit die Abrechnung mit dem Senefelder-Bund möglichst pünktlich zum 1. Januar 1909 erfolgen kann. Sobald die Beiträge für dieses Quartal voll bezahlt sind, sind sämtliche Mitgliedsbücher zwecks Ausstellung neuer Bücher an den Vorstand des Senefelder-Bundes, Herrn Otto Sillier, Berlin No. 28, Anklamerstr. 271, einzusenden. Je früher dieses geschieht, desto früher kommen die Kollegen in den Besitz ihres neuen Mitgliedsbuches.

Der Zentral-Vorstand. I. A.: *C. Schubarth.*

Aus den Sektionen.

Beuel (Formst.). Am 3. Dezember fand hier die Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende gab einen kurzen Ueberblick über das verflossene Jahr. Es haben elf Versammlungen und einige Vorstandssitzungen stattgefunden. Der Versammlungsbesuch ließ ganz besonders in letzter Zeit zu wünschen übrig. Ueber die zukünftige Gestaltung unserer Zahlstelle führte man an, daß es bei unserer geringen Zahl ratsamer sei, wenn wir uns der Zahlstelle Bonn anschließen, wo bereits eine Anzahl Drucker, die dort beschäftigt sind, organisiert seien. Werkstattangelegenheiten könnten wir, wenn notwendig, immer noch abhalten. Dergewerkschaftliche Gedanke sei aber neben der Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, auch die geistige Bildung, und ganz besonders sei hierauf mehr Gewicht zu legen. Dies sei aber in größeren Versammlungen leichter möglich und auch zweckdienlicher. Es wurde einstimmig beschlossen, daß wir uns ab 1. Januar der Zahlstelle Bonn anschließen. Mit einem Mahnwort, daß die Kollegen nunmehr geschlossen die Versammlungen in Bonn besuchen, und dem Wunsche, daß die, welche bisher unsere Versammlungen demonstrativ geschwänzt haben, sich bessern möchten, wurde die Sitzung geschlossen.

Feuilleton.

Eingänge.

Das persönliche Regiment vor dem Deutschen Reichstage. Die Verhandlungen des Deutschen Reichstages vom 10. und 11. November 1908. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. 128 Seiten 8°. Preis 25 Pf.

Die Veröffentlichung des Kaiser-Interview im »Daily Telegraph« hatte große Erregung hervorgerufen, weil sie mit erschreckender Deutlichkeit zeigte, welche Gefahren für die Völker mit dem persönlichen Regiment verknüpft sind. Diese Erregung fand ihren Niederschlag in der Interpellation, welche die verschiedenen Parteien im Reichstage einbrachten. Die Broschüre erhält den stenographischen Bericht der Verhandlungen über diese Interpellation, bei denen die Abgeordneten Singer und Heine den Standpunkt der Sozialdemokratie vertraten.